

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at

Ausgabe 01, Februar 2006 - Postentgelt bar bezahlt - Aufgabepostamt 8020 Graz - Zul.Nr. 03Z035132

Zeitung der **KPÖ** Graz

Neues Wohnen am Kasernengrund

Der Bedarf an leistbaren Wohnungen wird immer größer – die Stadt braucht mehr Gemeindewohnungen. Da zwei Grazer Kasernen verkauft werden, denkt die KPÖ an eine neue Nutzung für die Areale: Zumindest auf Teilen davon sollen neue Gemeindewohnungen entstehen.

Seiten 2/3



www.bigshot.at

Altstadtschutz:

**Neues Gesetz soll
Baulobby bremsen**

Ökoprofit-Skandal:

**KPÖ warnte schon
2004 vor Gefahr**

Strompreis-Erhöhung:

**Versprochener Bonus
kommt nicht**

Am 28. Februar endet der Fasching. Drum genießen Sie die Krapfen, bevor die Fastenzeit beginnt.

**Graz braucht mehr
Gemeindewohnungen.
*Packen wir's an!***

www.kpoe-graz.at

ELKE KAHR

KPÖ

*aufrichtig
sozial
unverwechselbar*



INHALT

Gemeindewohnungen am Kasernengrund..... S 2/3
 Licht in den Ökoprotit-Skandal..... S 5
 Ohne Streusplitt: Erfolg für WinterdienstS 6
 Kampf dem Feinstaub.. S 7
 Neuer Schutz für die Altstadt S 8/9
 Düstere Prognosen zur Zukunft der PostS 11
 Höherer Strompreis: Steirer müssen blechenS 12
 Neues aus den Grazer Bezirken S 14/15
 Stunk um Sperrstunde für GastgärtenS 16
 Die EU bedroht unsere Zukunft.....S 17
 Puch-Geschichte(n).....S 20



NEUE GEMEINDEWOHNUNGEN SIND NÖTIG

Günstiges Wohnen

Der Bedarf an leistbaren Wohnungen wird immer größer – die Stadt braucht mehr Gemeindewohnungen. Da zwei Grazer Kasernen verkauft werden, denkt die KPÖ an eine neue Nutzung für die Areale: Zumindest auf Teilen davon sollen neue Gemeindewohnungen entstehen.

sofort“ zu verkaufen, die Kirchnerkaserne voraussichtlich 2008, heißt es beim Bundesheer. Sinnvoll ist für die Wohnungsstadträtin eine Kombination aus sozialem Wohnbau, Kinderbetreuungseinrichtungen, Nahversorgung, Arbeitsstätten und großzügigen Grünbereichen.

Ein immer größerer Teil der Bevölkerung wird gerade durch die steigenden Kosten am privaten Wohnungsmarkt in die Armut gedrängt. Es ist daher zu erwarten, dass der Andrang für erschwingliche Gemeindewohnungen in den kommenden Jahren ansteigen wird. Wohnungsstadträtin Elke Kahr weiß: „Von 1.250 Ansuchenden, die im Jahr 2005 die Kriterien für eine Gemeindewohnung erfüllten, konnten wir 850 mit einer Wohnung versorgen. Diese durchaus gute Bilanz

zeigt aber nicht die Schwierigkeiten, vor allem Familien mit mehreren Kindern ohne lange Wartezeiten eine Wohnung zuzuweisen.“

Einen Lösungsansatz sieht Wohnungsstadträtin Kahr: „Da jetzt zwei Kasernen zum Verkauf anstehen, könnte man zumindest auf Teilen der Kasernengrundstücke neue Gemeindewohnungen errichten“. Ganz genau geht es um die Hummel- und die Kirchnerkaserne. Beide sind größer als 12.000 m². Die Hummelkaserne sei „ab

GEMEINDEWOHNUNGEN:

In Graz gibt es 10.500 Gemeindewohnungen, die durchwegs vergeben sind. Viel zu wenig, der Bedarf ist bei weitem höher. Wer sucht, kommt auf eine Warteliste. Kriterien für die Zuteilung sind z. B. der Hauptwohnsitz, das vollendete 18. Lebensjahr, die Familiengröße, die Wohnverhältnisse oder das Einkommen.

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband Steiermark
 Sparbersbachgasse 61
 Tel. 38 48 30
 (GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)
 Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!
 Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
 Freitag 9.00 – 11.30 Uhr
 www.mieterschutzverband.at

KLEIN, ABER MIT BISS



Der Fasching dauert heuer lang. Präsident Bush kommt erst am 21. Juni nach Wien.



Die Hummel- (links) und die Kirchnerkaserne (oben) werden vom Bundesheer verkauft. Wohnungsstadträtin Elke Kahr sieht nun die Chance, auf diesen Grundstücken neue Gemeindewohnungen zu errichten. Vor allem die Hummelkaserne mit ihrer tollen Lage eignet sich hervorragend als Wohngebiet.

in der Kaserne

Vor allem die Hummelkaserne mit ihrer guten Lage und dem Anschluss an den öffentlichen Verkehr eignet sich dafür besonders.

Von der Planung bis zur Fertigstellung eines Wohnhauses vergehen im Durchschnitt immerhin vier Jahre. Elke Kahr warnt vor Zuständen wie Mitte der 80er Jahre: „Da haben die Leute bis zu fünf Jahre auf eine freie Gemeindewohnung gewartet. Andererseits war die Blütezeit des sozialen Wohnbaus in Graz in der Zwischenkriegszeit und in den Nachkriegsjahren bis Mitte der 60er, also in einer Zeit, als es den GrazerInnen nicht so gut ging.“

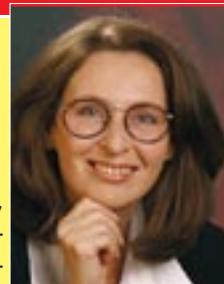
Nun ist rasches Handeln gefragt, um einer sozialen Stadtentwicklung zu ent-

sprechen: „Wir müssen *jetzt* Grundstücksvorsorgen treffen“, sagt Kahr. Und sie appelliert an die Liegenschaftsverwaltung, diese einmalige Chance rechtzeitig zu nutzen und die Kasernegrundstücke im Interesse der Stadt zu sichern, „denn klarerweise werden sich viele Investoren dafür interessieren“.

Einen Fürsprecher gibt es bereits in Bürgermeister Siegfried Nagl, der wissen ließ, dass „die bei uns frei werdenden Heeresliegenschaften ein optimales Potenzial für Wohnbau und Grünraum darstellen“. Elke Kahr betont die Notwendigkeit einer breiten Basis für den Bau neuer Gemeindewohnungen, denn: „Gelingen kann das nur, wenn alle gemeinsam anpacken.“

MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr Wir brauchen mehr Gemeindewohnungen



In Graz lässt es sich schön wohnen, wenn man es sich leisten kann. Das ist aber gar nicht so leicht. Gerade beim Wohnen sieht man am deutlichsten, dass die Mieten am privaten Wohnungsmarkt so hoch sind, dass schon zwei in der Familie arbeiten müssen, um finanziell einigermaßen über die Runden zu kommen. Nicht aus eigenem Versagen wird die Gruppe jener Menschen, die keine Arbeit haben, die zu Billigtlöhnen arbeiten, die mit einer kleinen Pension leben und die für ihre Kinder nicht dieselben Ausbildungsmöglichkeiten haben, immer größer.

Wohnen ist aber ein Menschenrecht. Deshalb brauchen wir mehr leistbare Gemeindewohnungen. Grundvoraussetzung für den Bau von Gemeindewohnungen sind aber gewidmete Baugründe. Jetzt gibt es eine Chance. Mit den geplanten Verkäufen der Kasernegrundstücke könnten Teile davon für die Errichtung von Gemeindewohnungen gesichert werden. Aber auch der Bund ist hier auf-

gefordert, seinem sozialen Auftrag nachzukommen und nicht nur die Interessen von Immobiliengesellschaften zu sehen.

Prächtige Kulturstätten in der Innenstadt reichen nicht aus, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu ermöglichen.

Wir haben jetzt die Möglichkeit, zu einem Grundstück mit guter öffentlicher Verkehrsanbindung und Infrastruktur zu kommen. Diese Gelegenheit dürfen wir nicht vorbeigehen lassen. Gelingen wird das meiner Auffassung nach aber nur, wenn die gesamte Stadtregierung Wohnen nicht zur Gänze dem Markt, den Banken und den großen Baufirmen überlässt, sondern diese Aufgabe selbst in die Hand nimmt. Ich hoffe, dass wir in dieser Sache gemeinsam an einem Strang ziehen können. Graz braucht nämlich mehr Gemeindewohnungen.

Ihre Stadträtin Elke Kahr
Tel. 872 2060
stadtraetin.kahr@stadt.graz.at



Für neue
Gemeindewohnungen
in den alten Kasernen
der Stadt.

Graz braucht mehr
Gemeindewohnungen.
Packen wir's an!



8. März – Internationaler Frauentag

KPÖ-Landtagsabgeordnete
Claudia Klimt-Weithaler



Mädchen wachsen heute in dem Gefühl auf, dass sie gleichberechtigt sind und ihnen später alle Türen offen stehen – oder zumindest genauso viele wie den Burschen. Die Frauenbewegung erscheint ihnen oft antiquiert, denn deren Ziele sind ja vermeintlich schon erreicht. Das böse Erwachen kommt erst nach dem Schulabschluss, bei Studentinnen oft erst nach dem Examen: ihre Berufschancen sind schlechter, Frauen bekommen in den meisten Bereichen für gleiche Arbeit weniger Geld als ihre männlichen Kollegen.

Die starke Ausweitung der Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse in den unteren Einkommensschichten trägt wesentlich dazu bei, dass sich die Ungleichheit in der Einkommensverteilung ausweitet. Frauen stellen in Österreich immer noch den Großteil der Teilzeitarbeitskräfte: 37,1 % der Frauen sind teilzeitbeschäftigt,

jedoch nur 3,9 % der Männer. Die Einkommen von Frauen bleiben merklich hinter jenen der Männer zurück. Im Jahr 2003 lagen sie im Durchschnitt bei 67,2 % der Männereinkommen – der Abstand war damit um 1,5 Prozentpunkte größer als Mitte der 90er Jahre.

Frauen werden weltweit benachteiligt, das ist eine Tatsache. Für viele Frauen steht Gewalt an der Tagesordnung. Gewalt gegen Frauen, körperliche wie strukturelle, ist letztlich immer Ausdruck des Machtgefälles, das zwischen den Geschlechtern existiert.

Die KPÖ wird am 8. März Aktionen und Veranstaltungen durchführen, die frauenspezifische Probleme aufzeigen. Denn: letztendlich muss unser Ziel eine Gesellschaft sein, in der das Geschlecht keine Rolle mehr spielt, weil wir alle, Frauen, Männer und Kinder, unseren Bedürfnissen entsprechend gleich behandelt werden!

Rechnungshof bestätigt KPÖ: Miete statt Eigentum ist kurzfristig

In seinem jüngsten Prüfbericht der Stadt Graz kritisiert der Bundesrechnungshof jenes Vorgehen der Stadtregierung, das die KPÖ stets angeprangert hat.

hat man immer beschimpft, wir wären gegen alles, als es um diese Verkäufe ging. Nun spricht der Bundesrechnungshof dieselbe Sprache“, sieht sich KPÖ-Chef Ernest Kaltenecker bestätigt.

In ihrer Antwort darauf hält die Stadt fest, dass man nicht die Absicht habe, alle Immobilien zu veräußern, „zumal dies keine nachhaltige Konso-

Der Bundesrechnungshof nimmt das Verkaufen und Zurückmieten von städtischen Immobilien an die Grazer Bau- und Grünlandsgesellschaft (GBG) ins Visier. Er hält diese Immobilienverkäufe für „unzweckmäßig, weil sie keine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Lage, sondern wegen der nunmehr abzudeckenden Mietaufwendungen langfristig gesehen das Gegenteil bewirken“. „Uns



lidierung bewirke“. Besser man kommt spät drauf als gar nicht, könnte man sagen.

Tolle Preise für Pflichtschulen

Pflichtschulen sind eingeladen, beim ersten Gesundheitspreis für Grazer Schulen mitzumachen. 4.100 Euro winken.

Für alle Grazer Pflichtschulen und AHS-Unterstufen gibt es heuer erstmals einen Gesundheitswettbewerb. Unter dem Motto „Gesundheit macht Schule – Schule macht Gesundheit“ werden gesundheitsfördernde Schulprojekte von der Stadt Graz ausgezeichnet und finanziell unterstützt. Der Bewerb läuft bis 31. Mai und wird mit

einer Preisverleihung im Juni enden.

„Wir möchten die Gesundheitsaktivitäten der Schulen sichtbarer machen und öffentlich wertschätzen“, so die zuständige Stadträtin Wilfriede Mongioudis, „und stellen daher Preise im Wert von 4.100 Euro zur Verfügung.“ Kinder und Jugendliche, die gesund-

heitsförderndes Verhalten erlernen und üben, haben bessere Voraussetzungen, sich körperlich und geistig gut zu entwickeln. Zahlreiche Schulen veranstalten deshalb Gesundheitsprojekte, Workshops und Aktionstage und folgen damit den Empfehlungen der WHO.

Die eingereichten Projekte sollten sich auf einen der folgenden Themenbereiche beziehen: gesundes Leben (Ernährung, Bewegung, Sport...), Suchtvorbeugung, Gewaltprävention oder Un-



KPÖ-Stadträtin
Wilfriede Mongioudis:
Gesundheitsprojekte an Schulen

fallverhütung. Die Projekte sind beim Grazer Gesundheitsamt einzureichen, wo man auch Auskünfte unter Tel. 872-3201 erhält.



Der Ökoprofit-Skandal bringt so manchen im Rathaus nach wie vor zum Schwitzen.

Warteraum macht Öffis attraktiver

„Ich steh in der Kälte und warte auf den Bus...“ – Die Abwandlung dieses einst bekannten Austropop-Stücks trifft in diesem Winter die Wartenden am Andreas-Hofer-Platz besonders. Deshalb motivierte KPÖ-Gemeinderätin Ulrike Taberhofer Bürgermeister Siegfried Nagl per Anfrage im Gemeinderat dazu, sich für einen Warteraum beim Bus-Terminal stark zu machen, wie es ihn schon einmal gab. Nun heißt's vorerst Lied-gemäß: „Wir warten auf die Antwort des Grazer Bürgermeisters, doch der brummt net.“



Ökoprofit-Warnungen ausgeschlagen

Mehr als zwei Millionen Euro versickerten beim Ökoprofit-Skandal im tunesischen Sand. Hätte die Stadt auf die KPÖ gehört, wäre das nicht passiert – die KPÖ forderte schon 2004 mehr Kontrolle ein.

KPÖ-Klubchef Josef Schmalhardt kann seine Verwunderung über den Ökoprofit-Skandal nicht verbergen. Wie vielfach berichtet ist die Verbreitung des Grazer Ökoprofit-Modells in Tunesien geplatzt, nachdem Unmengen von Geld in dubiosen Kanälen verschwunden sind. „Wir waren schon am 2. Dezember 2004 misstrauisch“, erinnert sich der KPÖ-Mandatar. Der Grund dafür war ein Bankdarlehen über eine Million Euro für besagtes Projekt, für das die Stadt haften sollte. „Wir forderten damals eine Kontrolle“, so Schmalhardt, „unsere Forderung wurde allerdings abgelehnt – mit der

Begründung, dass es schon genug Kontrolle gibt“.

Ein schwerer Fehler, wie sich herausstellte. Ein Jahr später kam das dicke Ende, als die Stadt für die Bankhaftung blechen musste. „Wäre ab 2004 ordentlich geprüft worden, wäre die Fragwürdigkeit vielleicht schon ans Tageslicht gekommen“, ärgert sich Schmalhardt.

Denn erst dadurch wurde der Ökoprofit-Krimi überhaupt möglich, den der Grazer Stadtrechnungshof penibel aufgedeckt hat. Demnach gab es 2002 erste Vereinbarungen über künftige Honorare für Mittelsmänner. Ab 2004 verschwanden hunderttausende Euro. Der



KPÖ-Klubobmann Sepp Schmalhardt bringt Licht in den Ökoprofit-Skandal

Rechnungshof beziffert den Gesamtverlust mit rund zwei Millionen Euro.

Eine direkte Rücktrittsforderung an die zuständigen Stadtreger Siegfried Nagl, Walter Ferik und Wolfgang Riedler stellt Schmalhardt nicht. Allerdings pocht er darauf, dass jeder seine Verantwortung wahr nimmt: „Jetzt müssen die notwendigen Schlussfolgerungen und Konsequenzen gezogen werden. Politische Interventionen sind völlig fehl am Platz. Abgesehen von den politischen Auswirkungen bei ÖVP und SPÖ, auf die wir keinen Einfluss haben, geht es darum, die Kontroll-

mechanismen zu verstärken. Wir müssen alle ausgegliederten Gesellschaften auf die Erreichung des Gesellschaftszieles und die Sinnhaftigkeit der Ausgliederung prüfen.“

Die Sinnhaftigkeit stellte der Rechnungshof in seinem Bericht bereits in Frage.

ÖKOPROFIT

Das Grazer Ökoprofit-Modell wurde 1991 vom nunmehr suspendierten Umweltamtsleiter Karl Niederl ins Leben gerufen. Bei Ökoprofit geht es darum, Rohstoffe und Energie in Unternehmen so effizient wie möglich einzusetzen, dadurch die Umwelt zu schonen und gleichzeitig viel Geld zu sparen.

Mehr als 1.500 (inter)nationale Unternehmen nutzen derzeit das Modell, für das die Stadt mehrere Preise bekam.

MEINUNG

Ernest Kaltenegger

Bezahlen mit der Gesundheit



Alle wollen etwas gegen den Feinstaub unternehmen, aber niemand tut etwas. Diesen Eindruck müssen die Bürgerinnen und Bürger derzeit gewinnen, wenn sie das politische Geschehen um dieses Thema verfolgen. So stockt zum Beispiel der dringend notwendige Ausbau des öffentlichen Verkehrs seit langem.

Die öffentlichen Kassen sind leer. Darum gibt es auch zu wenig Geld für Bahn, Straßenbahn und Bus. Dafür staut sich täglich der Verkehr im und um das Stadtgebiet. Die Zeche für diese Politik zahlen wir alle. Erst einmal mit der Gesundheit, dann auch noch mit enormen Treibstoffkosten und nicht zuletzt mit viel Zeit, die wir in den stehenden Blechkolonnen verlieren.

Damit dieses Problem gelindert werden kann, brauchen wir Geld. Das wird nicht einmal der größte Ignorant bestreiten. Wer also soll zahlen? Wieder die arbeitenden Menschen und der Mittelstand, die ohnehin in den letzten Jahren schon kräftigst gerupft wurden? Einen anderen Weg schlägt die KPÖ vor. Es soll doch endlich ein Nahverkehrsbeitrag von den Unternehmen eingehoben werden, wie es

seit mehr als 30 Jahren mit der Wiener U-Bahn-Steuer bestens funktioniert. Heute könnte sich wohl niemand mehr Wien ohne U-Bahn vorstellen.

Die Wirtschaft könnte davon langfristig sogar profitieren. Einerseits ist ein gut funktionierender Nahverkehr ein gewaltiger Vorteil für die ansässigen Betriebe, andererseits erspart man sich die nicht unerheblichen Staukosten. Nicht zu unterschätzen sind auch die Investitionen in den öffentlichen Verkehr, die ebenfalls großteils der heimischen Wirtschaft zugute kommen und Arbeitsplätze schaffen. Darum sollten etliche Kammerfunktionäre, die immer sofort gegen die angeblich so hohe Belastung der Wirtschaft wettern, ihre Scheuklappen ablegen.

Sollten sich die Wirtschaftskammerfunktionäre sich weiter erfolgreich gegen einen Nahverkehrsbeitrag querlegen, dann könnte man ja als ersten Schritt alle öffentlichen Wirtschaftsförderungsmittel in Richtung öffentlicher Verkehr umleiten. Da hätten dann sogar jene Betriebe etwas davon, die ansonsten ohnehin nie in den Genuss üppiger öffentlicher Förderungen kommen.

Graz-Bonus als Finanz-Malus

Ob die jährliche 850.000 Euro-Förderung der Handelsmarketing GmbH korrekt verwendet wird, wollte KPÖ-Gemeinderätin Ingeborg Bergmann wissen: „Stadtmarketing ist wichtig, aber niemand weiß, wohin das viele Geld fließt.“ Der zuständige Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg klärte auf, dass

derzeit 7.000 Kunden und rund 260 Betriebe den Graz-Bonus verwenden und jede Karte Kosten in der Höhe von 46 Euro verursacht.

Der Stadtrat versprach, eine Evaluierung vorzunehmen, ob sich der Graz-Bonus positiv auf die Innenstadt-Wirtschaft und die Arbeitsplätze auswirkt.

WIRTSCHAFTSBETRIEBE-WINTERDIENST

Ohne Streusplitt geht es auch

Räumen statt streuen: Die ersten Zwischenergebnisse zeigen, dass es ganz ohne Streumittel nicht geht. Feuchtsalz kann aber Splitt ersetzen.

Im Grazer Murfeld und in der Rudersdorfer Au testen die Grazer Wirtschaftsbetriebe heuer die „Nullstreuung“. Mehr Schneeräumung und weniger Einsatz von Streumitteln lautet die Devise.

Glücklicherweise sorgte „Frau Holle“ mit heftigen Schneefällen zur Jahreswende für ideale Rahmenbedingungen für diesen Testversuch, dessen Zwischenergebnisse nun vorliegen. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit stellte fest, dass Autofahrer im gekennzeichneten Gebiet deutlich langsamer – und sicherer – unterwegs waren. Ebenfalls erfreulich: Bis jetzt liegen keine Meldungen über Verkehrsunfälle vor. Auch die Anruf-Statistik der Grazer Wirtschaftsbetriebe

verzeichnete keine Zunahme von Beschwerden aus dem Testgebiet. „Der Versuch war also wirklich erfolgreich“, freut sich die zuständige KPÖ-Stadträtin Wilfriede Monogioudis.

Feuchtsalz statt Splitt

Der Versuch zeigte, dass man auf Streumittel nicht ganz verzichten kann. Bei extremen Wetterlagen musste trotz „Nullstreuung“ Salz gestreut werden, um neuralgische Punkte verkehrssicher zu halten. Ein Abgehen von der Splittstreuung zeichnet sich allerdings ab: Der Einsatz von Feuchtsalz, das im Unterschied zu Trockensalz präziser und somit sparsamer dosiert werden kann, wird voraussichtlich verstärkt.

Ein Schatten bleibt jedoch: Das Grazer Umweltamt begleitete diesen Versuch und stellte fest, dass die Messstation im Testgebiet keine verbesserten Luftgüte-Werte ausweist. Damit erhärtet sich die bisherige Annahme, dass Streusplitt die Luftqualität nicht beeinflusst.



Perfekter Winterdienst: Geräumt anstatt mit Splitt zugestreut



Der Kfz-Verkehr ist in Graz nachweislich der Feinstaub-Erreger Nummer 1.

Endlich gibt es den ersten Vorstoß gegen den Feinstaub

Der Feinstaub hat Graz weiter im Griff. Der neue Umweltlandesrat pocht auf Fahrverbote. Die KPÖ fordert aber weitere Maßnahmen.

Man sieht ihn nicht, man riecht ihn nicht, und trotzdem ist er da. Eine Feinstaubwolke liegt im Winter über der Stadt, besonders Kinder leiden darunter. Mit einem kostenlosen Feinstaub-Ticket am Handy, für das unlängst bezeichnenderweise das Geld ausging, will man die Autofahrer zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr motivieren, wenn der Grenzwert überschritten ist. Zu wenig für die KPÖ. „Mit dieser Handyaktion wird nur eine kleine Gruppe erfasst. Alle Betroffenen müssen einen Zugang zu den Gratistickets haben und rechtzeitig informiert wer-

den“, fordert KPÖ-Gemeinderätin Ulrike Taberhofer.

Heizungen

Für die KPÖ-Mandatarin ist mit dem Feinstaub-Ticket noch lange nicht genug getan. „Obwohl der Hausbrand in Graz nur einen kleinen Beitrag zum Problem leistet, ist eine Heizungsumstellung nötig. Da brauchen jene Bewohner von Gemeindewohnungen eine Unterstützung, die sich den Betrieb einer neuen Heizanlage nicht leisten können.“

Das größte Feinstaub-Einsparungspotenzial sieht Taberhofer wie Umweltlandesrat Manfred Wegscheider

KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer drängt auf Feinstaub-Lösung.



im Straßenverkehr. Der Umweltlandesrat will ab Herbst Fahrverbote durchsetzen, sobald der Grenzwert mehrere Tage überschritten ist. „Wir müssen aber auch den öffentlichen Verkehr (ÖV) verbessern“, meint sie, „die Stadt tut, was sie kann. Wir verlängern die Straßenbahnlinien 4, 5 und 6. Nun müssen uns Land und Bund finanziell unter die Arme greifen.“ Außerdem denkt sie an eine Nahverkehrsabgabe, um Mittel für den ÖV aufzutreiben.

KOMMENTAR

Staublunge

Seit Wochen ist der Feinstaub-Grenzwert in Graz überschritten – die Staublunge gehört inzwischen zum Grazer wie der Schloßberg. Seit langem weiß man, dass die Schuld an der Misere zu 70 Prozent der motorisierte Straßenverkehr trägt. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, der sich mit Anti-Feinstaub-Placebos zufriedengab, spricht Neo-Umweltlandesrat Manfred Wegscheider eine klare Sprache und will das umsetzen, was am meisten bringt: Er will den Verkehr an extrem belasteten Tagen stoppen. Jammern und Wehklagen folgte sofort. „Geht nicht“, hieß es typisch österreichisch. Die zu geringe Kapazität des öffentlichen Verkehrs diene als schlagkräftigstes Gegenargument. Für dessen Ausbau fehlt freilich das Geld.

Damit bleiben zwei Möglichkeiten: Entweder man wartet auf den perfekten Ausbau bis zum St.-Nimmerleinstag und fährt weiter, bis zuerst die Kinder und dann alle anderen erstickt sind. Oder man verhängt Fahrverbote und erzeugt über die damit voll geforderten Öffis genug Druck, dass sich auch hier etwas tut.

Der Punkt ist: So wie derzeit darf es nicht weiter gehen.

ts

FEINSTAUB

Der Feinstaub-Grenzwert von 50 µg Staub/m³ Luft darf an nicht mehr als 30 Tagen pro Jahr überschritten werden. Graz zählt Winter für Winter weit mehr als 100 Überschreitungstage.

Die Verursacher im Grazer Becken hat das Umweltamt genau ausgeforscht: 70 Prozent verursacht der Verkehr (davon 10 Prozent aus dem Auspuff und stolze 60 Prozent vom Abrieb von Reifen und Bremsen), 25 Prozent der Hausbrand und gerade 5 Prozent die Industrie.

Altstadt- erhaltungsgesetz:

Das Grazer Altstadterhaltungsgesetz gibt es seit 1980. Es dient der „Erhaltung der Altstadt von Graz in ihrem Erscheinungsbild und in ihrer Bausubstanz“.

Das Gesetz regelt die Arbeit der Altstadtsachverständigenkommission, die mit ihren Gutachten zu neuen Projekten über die Altstadt wacht.

Zum Fördern von Baumaßnahmen gibt es den Altstadterhaltungsfonds, der zu 55 Prozent von der Stadt und zu 45 Prozent vom Land Steiermark gefüllt wird.

Die Stadt gab laut dem letzten Rechnungsabschluss 2004 rund 870.000 Euro für Altstadterhaltung und Ortsbildpflege aus.

Das Haus Schützenhofgasse 25/27 soll durch einen Neubau ersetzt werden. Mit dem Gründerzeit-Ensemble und dem Blick zur Herz-Jesu-Kirche wäre dann Schluss.

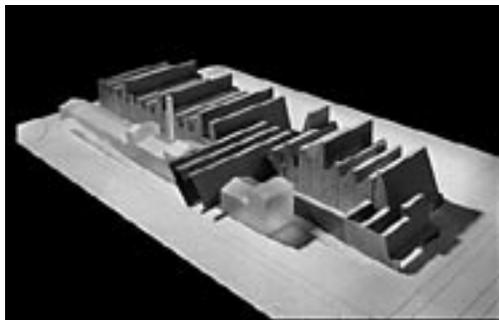


Gastkommentar zum geplanten K&Ö-Dach

Im Beitrag von Volker Giencke in der Kleinen Zeitung vom 17.1.2006 wird die hohe Qualität für den Dachaufbau bei Kastner und Öhler hervorgehoben. Diese Qualität soll nicht in Frage gestellt werden. Sie kann hier nur in Kombination mit dem Ensemble beurteilt werden. Da sollte man wissen, dass die Architekten des Projektes Nieto+Sobejano ein Projekt für das spanische Leon geplant haben, das fatale Ähnlichkeit mit den für Graz geplanten trapezförmigen Blechdächern zeigt – hier allerdings in einem größeren Maßstab. Bei einem weiteren Projekt in Moritzburg nahe Dresden verwendet die Architektengruppe wieder trapezförmige Blechdächer, die sogar besonders wenig auf den Bestand eingehen. Die Beispiele zeigen die Beliebigkeit dieser Dachform. Sie ist nicht ortsspezifisch, sondern austauschbar. Und weder in Moritzburg

noch in Leon fügt sich das Projekt in die bestehende Dachlandschaft.

Volker Giencke betont, dass die zum Wettbewerb eingereichten Pläne die Absichten der Planer wesentlich genauer zeigen. Mir sind nur die Beschreibung zugänglich, die in der ansprechend gestalteten K&Ö-Tiefgarage ausgestellt sind. Die Beschreibung spricht von matten Edelstahlblechen. Diese sind extrem dunkel, fast schwarz dargestellt. In einer jüngeren Projektdarstellung in der Kleinen Zeitung verärbten sie sich interessanterweise fast schon ziegelfarben. Jeder interessierte Grazer



sollte sich ansehen, wie sich die K&Ö-City weiter entwickeln soll und welche Auswirkungen

das auf die Dachlandschaft, aber auch auf den Straßen- und Muraum haben wird. Man kann dabei auch ansehen, was K&Ö in den vergangenen Jahren investiert hat, um das bestehende Ensemble vorbildlich zu adaptieren und historische Qualitäten mit neuer Architektur zu einer sehr positiven Symbiose zu verschmelzen.

In der K&Ö-Tiefgarage kann man auch die in zwei Nachtdarstellungen animierten, großformatigen, bunt leuchtenden Werbeflächen des Siegerprojektes bestaunen,

von denen Giencke behauptet, dass an „einen markanten Werbeträger nicht gedacht“ sei. Die in den ausgestellten Bildern gezeigten Werbeanlagen machen K&Ö selbst vom Flugzeug aus klar als K&Ö erkennbar. Die Werbung wird bis in den Flussraum der Mur weiter nördlich gut sichtbar sein.

Gut ist, wenn gute Architekten in einer solchen Jury sitzen. Ein Problem hingegen sehe ich darin, dass Giencke zugleich als Vertreter der Grazer Altstadtsachverständigen-Kommission darin fungiert hat. Das gleiche gilt auch für die Vorsitzende der Kommission, Gertrude Celedin. Beide gewinnen durch ihr Mitwirken in der Jury eine Befangenheit in der Kommission, durch die sie für dieses Projekt allenfalls als Informanten dienen können.

Univ.-Doz. DI Dr.
Hasso Hohmann,
Internationales Städteforum Graz

Ein neues Gesetz verspricht mehr Schutz für Altstadt

Mehrere Bauprojekte lassen es in der Altstadt weiter brodeln. Ein neues Altstadterhaltungsgesetz soll noch heuer mehr Schutz für sensible Bereiche bringen.

Der Umgang mit der Altstadt ist zu locker. Das Weltkulturerbe Altstadt darf nicht gefährdet werden“, so KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch. Ob beim Kommodhaus, Palais Lazarini, Dachausbau bei K&Ö oder in der Schützenhofgasse 25/27 und 35 – überall gab oder soll es drastische Eingriffe in die Altstadt geben. Für die KPÖ Grund genug, sich gegen die Neubaublockade zu stemmen.

Entwurf im Sommer

„Unser Ziel ist ein besserer Altstadtsschutz“, erklärt Ernest Kaltenecker, KPÖ-Klubchef im Landtag, „wir wollen mit SPÖ und Grünen das Altstadterhaltungsgesetz verbessern. Das sollte sich mit unserer Mehrheit im Land machen lassen“. Laut Auskunft aus dem Büro des zuständigen Landesrates Kurt Flecker soll der neue Entwurf schon im Sommer vorliegen: „Altstadt-Sachverständigenkommission (ASVK), Verfassungsdienst, Kulturabteilung und die Stadt arbeiten daran.“

Auslöser für das gemeinsame Engagement war nicht zuletzt das Bauprojekt in der Schützenhofgasse 25/27. Das Doppelhaus aus dem Jahr 1870 sollte einem Neubau weichen. Nach einem Gutachten durch den Bauwerber und einem Gegengutachten von der ASVK kam das

Projekt im August zur Berufungskommission des Gemeinderates, die sich nicht einigen konnte. „Wir waren gegen den Abriss, die ÖVP dafür und die SPÖ unsicher. Deshalb wurde noch ein Gutachten von Landeskonservator Friedrich Bouvier bestellt“, sagt Fabisch.

Fragwürdig

Bouvier hatte sich schon vorher festgelegt, dass „das Objekt im Hinblick auf den städtebaulichen Charakter der Schützenhofgasse und deren straßenräumliches Erscheinungsbild von Bedeutung ist“. Das wissend habe die Baubehörde dem Bauwerber erlaubt, auch noch ein Gutachten vorzulegen. „Eine fragwürdige Vorgehensweise“, kritisiert der KPÖ-Gemeinderat, „das hatten wir noch nie“.

Die Schützenhofgasse ist nur einer der umstrittenen Bereiche in der Altstadt. Jüngster Zankapfel ist der geplante Dachausbau des renommierten Kaufhauses Kastner und Öhler. „Das Projekt ist interessant, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass wir mit diesem wuchtigen Ausbau den Titel Weltkulturerbe behalten können“, meint der KPÖ-Mandatar, „und den wollen wir nicht aufgeben. Das Projekt müsste geringer dimensioniert werden.“



KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch hat den Schutz der Altstadt im Auge.

Zähne zeigen

Das neue Altstadterhaltungsgesetz soll klar festlegen, was in Zukunft möglich ist und was nicht; vor allem, „um in rechtlicher Hinsicht mehr Zähne zeigen zu können und als Schutz vor Spekulation, Geschmacklosigkeit und baulichem Wildwuchs“, heißt es im Antrag von SPÖ, KPÖ und Grünen. „Dass nun schärfere Regeln Form annehmen, ist ein großer Erfolg für uns. Denn das haben wir vor der Landtagswahl in unserem Programm festgelegt“, freut sich Fabisch.



Das Kommodhaus – seit zwei Jahren eine Baulücke – löste Diskussionen um den Altstadtschutz aus.

Kastner & Öhler kontra UNESCO

Wir haben uns umgehört, wie Grazerinnen und Grazer zum K&Ö-Umbau und zum UNESCO-Weltkulturerbe stehen.

Ich weiß nicht, wie viel es uns wirklich bringt, dass die Stadt Weltkulturerbe ist. Allerdings sehe ich es nicht ein, dass wir auf diesen Status verzichten sollen, nur weil K&Ö bessere Geschäfte machen will. (Elias, Physikstudent)



Graz kann ganz sicher stolz darauf sein, dass es als Weltkulturerbe gilt, doch man sollte trotzdem Neues bauen dürfen. Ich habe den Plan gesehen und halte ihn für gute Architektur. (DI Franz-Georg Spannberger, Ziviltechniker)

Unabhängig davon, ob Graz Weltkulturerbe ist oder nicht, muss ich sagen, ich halte vom Aufstocken des K&Ö-Gebäudes nicht viel. Das Stadtbild ist schön, wie es ist, und das sollte so bleiben! (Helene Hajos, Angestellte)



Das bestehende Gebäude fügt sich gut in das Stadtbild ein. Veränderungen sollte man sensibel vornehmen. Eine Weiterentwicklung halte ich nur dann für gut, wenn Alt und Neu sich harmonisch ergänzen. (Elisabeth Fererberger)

Die geplanten Umbauten bei K&Ö finde ich schlimm. Dadurch wird das gesamte Stadtbild beeinträchtigt und die einheitliche Dächerlandschaft zerstört. Ich bin auf jeden Fall dagegen! (Franz Egginger, Pensionist)



HELFEN STATT REDEN

Wofür die KPÖ-Politikerbezüge 2005 verwendet wurden

Wie jedes Jahr legte Ernest Kaltenegger die Verwendung seiner Politikerbezüge offen, diesmal zum ersten Mal als Obmann des KPÖ-Landtagsklubs. Ihm gleich taten es die KPÖ-Landtagsabgeordneten. Insgesamt gingen mehr als 87.000 Euro an in Not geratene Menschen und Sozialprojekte.

Für KPÖ-Mandatarinnen und -mandatare gilt eine Einkommensgrenze von 1.950 Euro netto, darüber hinausgehende Beträge werden in den Sozialfonds von Ernest Kaltenegger, dessen Bruttoeinkommen als Klubobmann monatlich 9.659,10 Euro ausmacht, einbezahlt.

Durch die Vertretung der KPÖ im Steiermärkischen Landtag stiegen die Ausgaben für in Not geratene Menschen im Jahr 2005 auf insgesamt 68.490,60 Euro, zusätzlich wurden 19.506 Euro für Sozialprojekte gespendet.

Klubobmann Ernest Kaltenegger: „Die meisten Probleme gibt es in den Bereichen Strom, Heizung und

Miete. Es gibt aber auch immer mehr Menschen, die sich an uns wenden, weil sie ihren Lebensbedarf nicht mehr decken können. Wir können den Betroffenen oft schnell und unbürokratisch helfen. In Österreich gibt es sehr viele Menschen, die von ihrem Einkommen nicht leben können. Hauptbetroffen sind vor allem Mindestrentnerinnen und Alleinerzieherinnen.“

Diese Unterstützungen seien notwendig, weil viele Menschen kurzfristig Hilfe brauchen. Die Landtagsarbeit der KPÖ zielt darauf ab, die Lebensbedingungen so zu verbessern, dass Menschen nicht auf derlei Unterstützungen angewiesen sind, so Kaltenegger.

Großverdiener

Doppelfunktion verhilft Ex-Landesrat Wolfgang Erlitz zu fettem Konto

Der ehemalige Gesundheitslandesrat Erlitz wurde nach der Landtagswahl auf Vorschlag der SPÖ zum amtsführenden Präsidenten des Landesschulrats gewählt; gleichzeitig sitzt Erlitz als SPÖ-Vertreter im Bundesrat in Wien. Der Vertreter der KPÖ im 15-köpfigen Landesschulrat, AHS-Lehrer Andreas Fabisch, war bei dieser Wahl der einzige, der Erlitz nicht seine Stimme gab.

Fabisch: „Diese Funktion an der Spitze des Landesschulrats ist eines der verantwortungsvollsten Ämter, die das Land Steiermark zu vergeben hat. Deshalb kann

die Funktion sicher nicht als Halbtagsjob, zusätzlich zur Tätigkeit als Bundesrat in Wien, ausgeübt werden. Ämterkumulierungen dieser Art lehnen wir entschieden ab!“

Als Landesschulratspräsident verdient Erlitz knapp 8.000 Euro monatlich. Zusammen mit seinem Bezug als Bundesrat von rund 3.700 Euro verdient er beinahe so viel wie als Landesrat. Das legt den Verdacht nahe, dass Erlitz nur mit Hilfe dieses Doppelpostens dazu zu bewegen war, seinen Sessel als Gesundheitslandesrat an Helmut Hirt abzutreten.

Was Landespolitiker verdienen

Funktion	monatl. Bezug
Landeshauptmann	14.682 Euro
Landeshauptmann-Stellvertreter	13.909 Euro
Landesräte	13.136 Euro
1. Landtagspräsident	10.432 Euro
Präsident des Landesschulrats	7.727 Euro
Landtagsabgeordnete	5.022 Euro

Rezeptgebühr: Die Ärmsten müssen zahlen

Die KPÖ setzt sich dafür ein, dass die Rezeptgebühren für Angehörige von jenen Menschen abgeschafft werden, die davon befreit sind. Was kompliziert klingt, ist ganz einfach: Derzeit müssen Mitversicherte von Personen, die von der Rezeptgebühr befreit sind, die also ohnehin zu den sozial Schwächsten zählen, bei Krankenhausaufenthalten Selbstbehalt berappen. Ihre Angehörigen hingegen sind von dieser Abgabe befreit. Diese Regelung

ist für die KPÖ ungerecht. „Die Steiermark kann hier mit gutem Beispiel vorangehen und den Betroffenen schnell helfen“, so KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger. Sein Antrag wurde im Gesundheitsausschuss einstimmig angenommen. Nun bleibt abzuwarten, ob die Landesregierung bereit ist, auch den sozial schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft eine gute medizinische Versorgung ohne hohe Kosten zu ermöglichen.



Die KPÖ arbeitet an Hilfe gegen teure Spitalsaufenthalte und Rezepte.



Wie viele Postämter werden nach der Teilprivatisierung zusperren? Wie werden die Post-Tarife steigen? Wie viele Menschen verlieren den Job? Die KPÖ wartet weiter vor dem Verkauf öffentlichen Eigentums.

Anfang vom Ende der Post

Seit dem Jahr 2000 wurde bei der Österreichischen Post jeder fünfte Arbeitsplatz gestrichen, fast die Hälfte der Postämter wurde geschlossen – obwohl die Gewinne im gleichen Zeitraum um 398 Prozent gestiegen sind! Die Teilprivatisierung der Post wird schwer wiegende Folgen für alle mit sich bringen.

Unsere Post ist in Gefahr, soll doch zumindest die Hälfte verkauft werden. Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel, höhere Tarife ins Haus. Der Börsengang der Post folgt der Grundregel der Privatisierung: Was Gewinn bringt, wird an finanzstarke Private verschertelt, aber was Kosten verursacht, muss von Otto Normalverbraucher bezahlt werden. Auf der Strecke bleiben die Österreicher.

Vor den schwerwiegenden Folgen der Postprivatisierung für die kommunale Infrastruktur warnt KPÖ-Abgeordnete Renate Pacher. In der Landtagssitzung im Jänner forderte sie, im Sinne der

regionalen Nahversorgung von der geplanten Privatisierung der Post Abstand zu nehmen.

Mehrheit gegen Ausverkauf

Grüne und die SPÖ unterstützen den Antrag der KPÖ. Nur die ÖVP setzte sich für einen völligen Rückzug des Staates aus allen wirtschaftlichen Aktivitäten ein. Ginge es nach ihr, wäre auch die Wasserversorgung schon längst in den Händen privater Spekulanten.

KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger macht auf eine fatale Entwicklung aufmerk-

sam: „Die EU hat sich wieder einmal als Wegbegleiterin der Abschaffung öffentlichen Eigentums erwiesen. Die totale Liberalisierung hört bei der Post sicher nicht auf, bald trifft es die Eisenbahn und das Nahverkehrswesen.“

Warnung vor Postaktien

In mehreren Zeitungsinserten wurde unlängst versucht, den Österreichern die Privatisierung der Post schmackhaft zu machen. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel spricht von einer „Volksaktie“ – eine seltsame Darstellung, da das Unternehmen jetzt ganz im Besitz Österreichs ist und die gesamte Bevölkerung von den Post-Gewinnen profitiert. Nach einer Privatisierung wird das nicht mehr der Fall sein. Der Schönmalerei wi-

dersprechen sogar Vertreter der Banken. So warnten Hans Schinwald vom Salzburger Raiffeisenverband und der Chefanalyst Peter Brezinschek Anleger vor dem Kauf von Postaktien. Diese könnten in vier Jahren ein Fünftel ihres Wertes verlieren.

Bevölkerung verliert

Nach der völligen Freigabe des Postmarktes muss die österreichische Post mit großen Postkonzernen um das gute Geschäft in den Ballungszentren kämpfen. Während sich die Konkurrenz die Rosinen herauspickt, muss die Österreichische Post aber auch die weniger Gewinn bringenden Regionen versorgen. Das hat schon in den vergangenen Jahren immer schlechter funktioniert. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis weitere Filialen aus Kostengründen geschlossen werden.

MEINUNG



Versprechen müssen gehalten werden!

LAbg. Werner Murgg

In der November-Sitzung des Landtages förderte meine Anfrage an Landeshauptmann Franz Voves zur geplanten ESTAG-Strompreiserhöhung einige unerquickliche Dinge zu Tage. Darauf angesprochen, ob er sich als Eigentümervertreter des Landes bei der ESTAG – diese ist immer noch zu 75 Prozent in Landesbesitz – einsetzen wolle, um von der für 1. Jänner geplanten Strompreiserhöhung Abstand zu nehmen, musste Landeshauptmann Voves folgendes zugeben: Es bestünden Syndikatsverträge mit dem Miteigentümer, der französischen EdF, welche eine einseitige Beeinflussung der Strompreise durch das Land Steiermark unmöglich machten. Er, Voves, wolle sich allerdings dafür einsetzen, einen Teil der für 2006 zu erwartenden Landesdividende in Höhe von 22 bis 30 Millionen Euro dafür zu verwenden, einen Strompreisbonus für die STEWEAG-Steg-Kunden durchzusetzen.

Wenigstens etwas! Der Landeshauptmann beklagte, dass seit dem von der ÖVP forcierten Verkauf der eigenen Kraftwerke an den Verbundkonzern die ESTAG nur mehr Stromhändler und somit von den Strompreisen

ihrer Vorlieferanten abhängig sei. Er verstieg sich zu einer Tirade gegen die Liberalisierung der Energiemärkte auf europäischer Ebene. Fast wäre man versucht, zu sagen: Wo er Recht hat, hat er Recht, der Landeshauptmann!

Eines hat er in seiner Anfragebeantwortung allerdings verschwiegen: Die ESTAG wurde seinerzeit unter Federführung der SPÖ zu 25 Prozent an die Franzosen verkauft. In der Dezember-Sitzung beschloss der Landtag einen Antrag, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, auch 2006 diesen Strombonus für STEWEAG-Steg-Kunden neuerlich zu gewähren. Während Landeshauptmann Voves im November auf meine Anfrage geantwortet hatte, er wolle sich dafür einsetzen, stimmte die SPÖ nun als einzige Partei gegen einen dahingehenden Antrag.

Bisher zeigt Landeshauptmann Voves wenig Engagement, diesen Mehrheitsbeschluss auch umzusetzen. Alles andere als die rasche Umsetzung wäre nicht nur eine Verhöhnung der Landtagsmehrheit, sondern auch ein Bruch seiner eigenen Versprechen.

Werner Murgg

KPÖ-Landtagsabgeordneter

Strompreis: Leere Versprechen, Steirer müssen blechen

Mit Jahresbeginn wurde der Strom für viele Steirer um bis zu sieben Prozent teurer. Strombonus wird entgegen der Versprechen vor Landtagswahl (noch) nicht ausgezahlt.

Am 1. Jänner wurde der Strom für die Steirer empfindlich teurer – die STEWEAG/StEG (SSG), eine Tochter der ESTAG, hat die Strompreise für Haushalte um sechs bis sieben Prozent erhöht. Die ESTAG, sie ist mehrheitlich im Besitz des Landes Steiermark, rechtfertigt den höheren Strompreis mit gestiegenen Energiepreisen. Die Gaspreise wurden ja bereits erhöht. Alle vollmundigen Versprechen von ÖVP und SPÖ vor der Landtagswahl sind damit verpufft. In der Landtagssitzung im November hat KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg Landeshauptmann Franz Voves per Anfrage in die Pflicht genommen.

Für viele Menschen ist die Stromrechnung kaum nachvollziehbar. Wir bieten Erklärungen, wie sie sich zusammensetzt: Man unterscheidet zwischen dem Energiepreis und der Grundgebühr. Die Grundgebühr wiederum besteht aus dem Leistungspreis und dem

Grundpreis. Diesen Grundpreis hat die SSG um stolze 20 Prozent erhöht, wodurch die gesamte Grundgebühr um immerhin neun Prozent steigt.

Nun zum Verbrauchspreis, dem Hauptteil der Stromrechnung: Er setzt sich aus dem Nutzungsentgelt und dem Netzverlustentgelt – beides setzt die E-Control fest – und dem Energiepreis zusammen. Der Energiepreis wird wiederum von der SSG festgelegt. Er stieg, je nach Verbrauch, um 14 bis 18 Prozent. Diese Erhöhung ist letztlich für den um sechs bis sieben Prozent höheren Tarif verantwortlich.

Vollkommen unverständlich ist die von der SSG vorgesehene Erhöhung des Grundpreises von 24 bzw. 19,6 Prozent für kleine und mittlere Verbraucher (Home Small mit weniger als 2.000 kWh im Jahr bzw. Home Medium mit einem Verbrauch von 2.000 bis 14.000 kWh im Jahr), während für Abnehmer größerer Mengen, so-

genannte Home Large-Haushaltskunden mit einer Abgabemenge von mehr als 14.000 kWh im Jahr, der Grundpreis sogar marginal sinkt.

In Summe bleibt vielen Steirern vorerst nur, die sprichwörtliche „Krot zu fressen“; und das Wissen, das Versprechen allzu gerne nur leere Worte sind.

Helfen statt reden

Sozialberatung der KPÖ

Notruf 0316/ 73 73 82

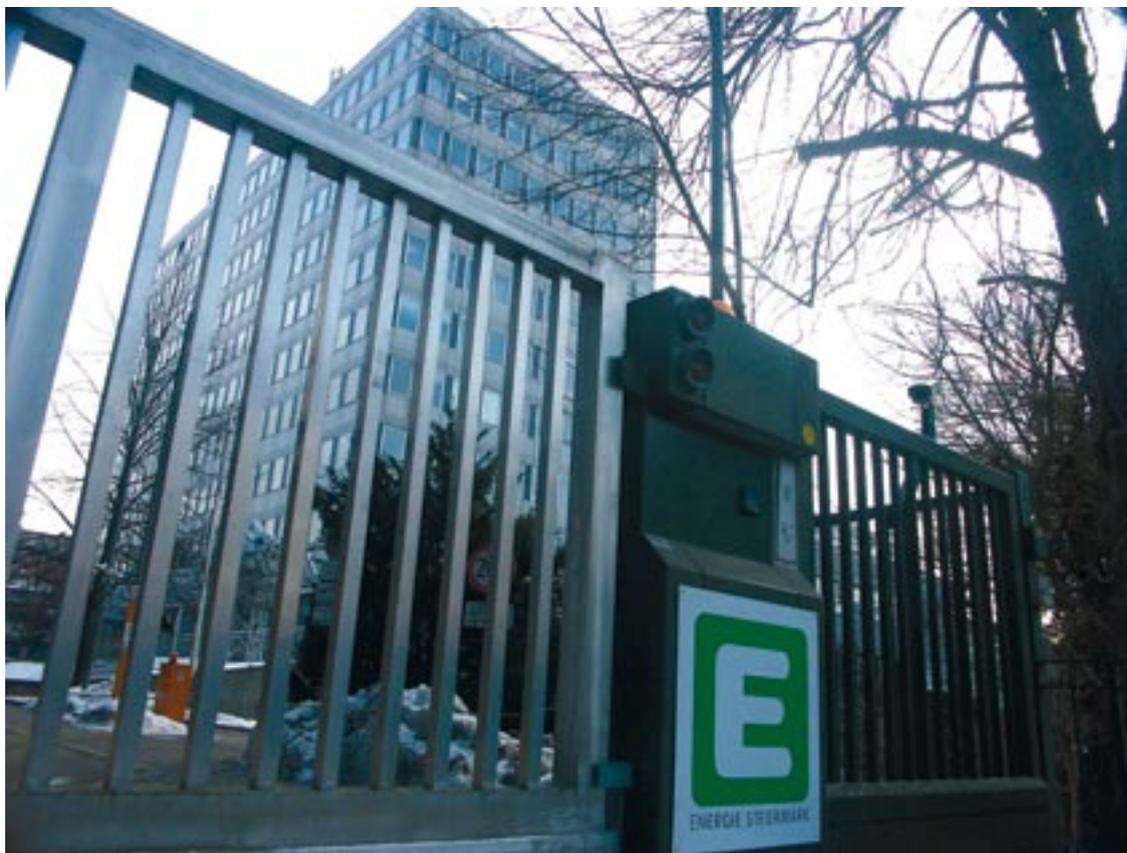
Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Freitag im Landhaus!



in Stadt

Land

KPÖ



AUCH IM LANDTAG

Helfen statt reden

Die Landtagsabgeordneten der KPÖ verwenden einen großen Teil ihrer Gehälter für soziale Zwecke, genau wie die Grazer Stadträtinnen Elke Kahr und Wilfriede Monogioudis. Zu Jahresende gibt es einen Tag der offenen Konten.

Die Energie Steiermark-Tochter STEWEAG/StEG hat entgegen allen Versprechen den Strompreis nach der Wahl ruck zuck erhöht.

IHRE KPÖ-MADATARINNEN UND -MANDATARE IM STEIRISCHEN LANDTAG



Ernest Kaltenegger, geboren 1949 in Rötsch bei Obdach, ist ein steirisches KPÖ-Urgestein. Er war Wohnungsstadtrat in Graz, seit 2005 ist er Landtagsabgeordneter und Klubobmann des KPÖ-Landtagsklubs.

1972 wurde er Obmann der Kommunistischen Jugend in Graz. Seit 1981 war er Mitglied des Gemeinderats, 1998 bis 2005 Wohnbaustadtrat. Kaltenegger spendet seit 1998 mehr als die Hälfte seines Polit-Einkommens für soziale Zwecke. Kaltenegger hat einen Sohn.

Ing. Renate Pacher, geboren 1960 in Knittelfeld, Matura in Knittelfeld, dann Ausbildung an der Lehranstalt für Chemeotechniker in Graz. Seit 1993 KPÖ-Gemeinderätin in Knittelfeld. Pacher kommt aus einer kommunistischen Familie. Das einschneidende Erlebnis für ihren Einstieg bei der KPÖ war die Mitarbeit in der Bürgerinitiative gegen den Ankauf der Draken, als sie erfahren musste, dass für Rüstung immer Ged vorhanden ist, während es im Sozialbereich angeblich fehlt.



Claudia Klimt-Weithaler, geboren 1971 in Fohnsdorf, Kindergartenpädagogin, verheiratet, Mutter von zwei Töchtern (8 und 5 Jahre alt). Sie kommt aus der Jugendarbeit und Erwachsenenbildung.

In der KPÖ engagiert sie sich, weil die KPÖ die einzige Partei ist, die sich wirklich um sozial schwache Menschen kümmert, eine Frauenpolitik macht, die bei den Lebensumständen der Frauen ansetzt und die sich für die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen stark macht.

Dr. Werner Murgg, geboren 1958 in Graz, Matura, dann Studium der Philosophie und Geschichte. Während des Studiums Taxifahrer. Nebenbei Redakteur der damaligen KPÖ-Tageszeitung „Wahrheit“. Seit der Gemeinderatswahl im März 2005 Stadtrat in Leoben.

Er engagiert sich für die KPÖ, weil sie sich als einzige Partei zu einer Gesellschaft bekennt, in der nicht der Profit das Maß aller Dinge ist, sondern die Bedürfnisse der Menschen: Frieden, soziale Sicherheit, Arbeit für jeden.





INNERE STADT

Bezirksversammlung

Am Dienstag, den 21. März, findet mit Beginn um 19 Uhr die turnusgemäße Bezirksversammlung für BewohnerInnen des 1. Bezirkes statt. Veranstaltungsort ist der Gemeinderatssaal im Rathaus.

Bezirksvorstellvertreter Franz Parteder (KPÖ): „Es gibt viele Themen, die man dort diskutieren kann. Eines davon wird sicher auch der Konflikt zwischen Kastner-Projekt und Weltkulturerbe sein“.

WETZELSDORF

Neue Sprechstunden!

Die Sprechstunden von Bezirksvorstellvertreter Günther Leber finden ab sofort jeden Mittwoch von 8.00 bis 9.30 Uhr im Bezirksamt Wetzelsdorf statt.

Verkehrsruschen in Jakomini

Ob Ausbau des Autobahnknotens Graz-Ost oder der südliche Bahnkorridor (Verbindung zur Koralmbahn), beide Projekte haben Auswirkungen auf den Bezirk Jakom-

ini. Beim geplanten Bahnausbau im südlichen Korridor von Graz mit der Verbindung zur Koralmbahn wird auf die Verbindung des Güterverkehrs nach Norden

„vergessen“, sodass der Güterverkehr weiter über die Ostbahn durch den Bezirk rauschen wird.



Was geht hier vor?

Südlich des Ostbahnhofs werden ein Tanklager und eine Gasabfüllstation gebaut. Der Baubeginn soll bereits in wenigen Monaten starten. Die Bevölkerung ist bis jetzt nicht darüber informiert worden, obwohl das Verfahren

dafür schon Jahre dauert. Angeblich ist für eine Anlage wie diese keine UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung) nötig. Die Bevölkerung und Bezirksrat Herbert Wippel fordern auf jeden Fall jetzt eine umgehende Information!

JAKOMINI

Planlose Stadtplanung bei der Messe

Was derzeit in Jakomini rund um den sogenannten Messequadranten passiert, ist tatsächlich schon skandalös! Noch vor einem Jahr jubelte die Stadtplanung über eine Herausforderung und große Chance für die Stadtentwicklung. Über Jahre wurden immer wieder neue Pläne gemacht, die gemütlich in Schubladen dahinmodern, denn in Wirklichkeit

ihrer Planung von einer Verbindungsstraße durch das Messengelände zwischen Fröhlichgasse und Jakomini-gürtel aus. Die Grazer Messe hingegen ignoriert diese Pläne und setzt ihr Ausbauprogramm fort.

Die Gesamtsicht sieht tatsächlich so aus: Im östlichen Teil des Messequadranten wird die Grazer Wechselseitige mehrere hundert Wohn-

ehemaligen Sportclub-Platz errichten. Die Fa. Roth baut zusammen mit der ÖBB ein Tanklager und eine Gasabfüllanlage südlich des Ostbahnhofs. All diese Vorhaben geschehen unkoordiniert und ohne dass die Bevölkerung über ein glaubhaft funktionierendes Verkehrskonzept informiert wird. Bei allen Bauverhandlungen wird die Gesamtbelastung immer ausge-



wird das gesamte Areal scheinbar verbaut und niemand von den Zuständigen hat eine Gesamtsicht im Auge. Schlimmer noch: Die einzelnen Abteilungen und Firmen der Stadt Graz widersprechen sich in ihren Bau- und Planungsvorhaben und tun so, als ob es in der näheren Umgebung keine weiteren Projekte gebe.

Die Verkehrsplanung der Stadt Graz geht zum Beispiel in

einheiten bauen – mit Tiefgaragen, die über den Jakomini-gürtel bedient werden. Die Messe selbst baut eine neue Halle mit 356 Tiefgaragenplätzen und plant zudem ein Hotel auf dem Gelände der ehemaligen Kastner-Halle. Die GBG plant ein Hochhaus mit über 20 Stockwerken auf dem jetzigen Park&Ride-Platz neben dem Ostbahnhof mit 260 Tiefgaragenplätzen. Die Styria-AG wird ihre Zentrale auf dem

klammert und nur das jeweilige Bauvorhaben ohne große Auflagen genehmigt.

Die KPÖ-Jakomini fordert daher, dass in nächster Zukunft rund um den Messequadranten mehrere Stadtteilversammlungen einberufen werden, bei denen die Beamten der Stadt- und Verkehrsplanung zusammen mit den Investoren und den Eigentümern der Bevölkerung Rede und Antwort stehen.

KPÖ-BEZIRKS- UND GEMEINDERÄTE: VOR ORT FÜR SIE DA

silva photoArt

LEND Über Stock und Stein...

Bewohner der Neubaugasse südlich der Keplerbrücke haben es holprig! Im Zuge der Bauarbeiten zum neu errichteten Hotel Etap wurde die Fahrbahn komplett demoliert und befindet sich in einem katastrophalen Zustand. Die Sanierungsarbeiten lassen allerdings auf sich warten. Der Grund: ein riesiges, gegenüber dem Hotel befindliches Gebäude wird derzeit noch renoviert. Erst wenn diese Arbeiten



abgeschlossen sind, kann die Wiederherstellung der Straße in Angriff genommen werden. Die Sanierung soll allerdings noch heuer erfolgen. Inzwischen bitte um etwas Geduld!

ANDRITZ Großbaustelle Ziegelstraße

Leider gibt es den alteingesessenen Familienbetrieb der Bäckerei Kuchar nicht mehr. Die Eigentümer sind in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Anstelle des Traditionsbetriebes soll jetzt ein Haus mit Wohnungen und Büros sowie einem Speiselokal entstehen. Die Arbeiten an der

Großbaustelle sind bereits voll im Gange. Gleichzeitig wird die Ziegelstraße verbreitert und es wird die Linksabbiegespur von der Ziegelstraße Richtung stadteinwärts verlängert. Vor allem im Frühverkehr immer wieder aufgetretene Staus sollten damit in Zukunft der Vergangenheit angehören.



GRIES

Dosen, Flaschen, Papier, Zigarettenstummel, Hausmüll jeglicher Art verdrecken die Idlhofgasse. Da wird Müll vom Balkon und aus Geschäften geworfen, da werden über den Köpfen von Passanten Teppiche ausgeklopft. Was am Gehsteig landet, wird höchstens auf die Fahrbahn befördert. Die Straße wird von den Wirtschaftsbetrieben regelmäßig gereinigt. Doch auch da ergeben sich Schwierigkeiten: Viele



So ein Mist!

Autofahrer finden es nicht der Mühe wert, ihre Fahrzeuge wegzufahren, damit ein reibungsloser Ablauf der Straßenreinigung erfolgen kann. Wir appellieren daher an die Bewohner im Bezirk,

nicht nur über Magistrat und Straßenkehrer zu schimpfen, sondern selbst aktiv mitzuhelfen und diese Verhaltensweisen einzustellen, damit die Straße wieder sauber wird.

GEIDORF

Radfahren unter der Keplerbrücke

Ende Jänner wurde die lang ersehnte

Geh- und Radwegunterführung Kepler-

brücke eröffnet. Zahlreiche Fußgänger und bis zu 6.000 Pedalritter täglich können sich freuen: Ab sofort kein langes Warten und Abgasinhalieren auf der Keplerbrücke mehr, sondern ungebremstes Geh- und Radfahrvergnügen darunter!



GÖSTING

„Schichtverkehr“ im Wohngebiet

Im nördlichsten Teil Fischeraustraße betreibt die Fa. Kovac einen Parkplatz, wofür offensichtlich keine behördliche Bewilligung besteht.

Das Gebiet ist als dreifaches Wohngebiet gewidmet, aber die Fa. Kovac hat dort nie ein Wohngebäude errichtet, sehr wohl aber die dafür vorgesehenen Parkplätze, die jetzt in erster Linie von den Mitar-

beiterInnen der Fa. Kovac genutzt werden. Verschärfend kommt hinzu, dass sich die Fischeraustraße nach Norden verjüngt und auch über keinen Gehsteig verfügt, andererseits die Fa. Kovac im Schichtbetrieb arbeitet und somit der berufsbedingte Verkehr zu verschiedenen Tag- und Nachtzeiten die BewohnerInnen belastet.

„Das Problem,

dass hier allgemeines Wohngebiet direkt an Industriegebiet grenzt, ist die Folge einer verfehlten Stadtplanung, was den BewohnerInnen in ihrer derzeitigen Lage nicht hilft. Helfen könnte aber sehr wohl eine ständige Überwachung der 30 km/h-Geschwindigkeitsbegrenzung“, fordert Gerhard Strohsriegl (BV-Stv. von Gösting) in Richtung Gemeinderat.

Urlaub für bedürftige Kinder

Seit fünf Jahren wurden die Fördermittel für Urlaube für Kinder aus finanziell schwachen Familien durch Krankenkassen und Land stetig gekürzt – einzig die Stadt Graz sprang in die Bresche. Damit weiter alle bedürftigen Kinder auf Urlaub fahren können, musste nun der Beitrag für alle Familien erhöht werden. Deshalb nahm KPÖ-Gemeinderätin Ingeborg Bergmann per dringlichem Gemeinderatsantrag die Landesregierung in die Pflicht, die Kindererholung verstärkt wahrzunehmen. Der Antrag wurde einstimmig abgesegnet. Im Landtag wird sich die KPÖ ebenso für den Kinderurlaub stark machen.



Zu lange Schanigarten-Öffnungszeiten bis 23.30 Uhr sorgten unlängst für Wirbel.

Wieder Ärger um Gastgärten

Rettung für Puch-Museum in Sicht

Seit Jahren bemüht sich KPÖ-Gemeinderätin Gertrude Schloffer um den Erhalt des Puch-Museums. Nun hat Neo-Kulturstadtrat Werner Miedl „sein“ Stadtmuseum beauftragt, ein Konzept für den Weiterbestand der Sammlung in der Puchstraße auszuarbeiten. Das Museum wurde im Rahmen der Kulturhauptstadt 2003 als Gemeinschaftsprojekt der Bezirke Liebenau und Puntigam verwirklicht. Zehntausende bestaunten Autos, Motor- und Fahrräder der Fahrzeugschmiede mit Weltruf, bis die einzigartige Sammlung nach 2003 – so wie fast alle Errungenschaften der Kulturhauptstadt – in die kulturpolitische Bedeutungslosigkeit bugsiiert wurde.

KPÖ-Gemeinderätin Lisbeth Zeiler deckt zu lange Öffnungszeiten für Gastgärten auf. Stadt entwarnt: Um 23 Uhr ist Schluss.

An den Öffnungszeiten für die Gastgärten scheiden sich immer wieder die Geister. Für die Stadtflaneure können sie nicht lange genug geöffnet sein, für die Anrainer nicht früh genug zusperren. In der Stadt mutet man eher den Anrainern den Lärm zu, hat KPÖ-Gemeinderätin Lis-

beth Zeiler aufgedeckt. Den Wirten wurde der Betrieb der Gastgärten bis 23.30 Uhr erlaubt anstatt bis 23 Uhr, wie es die Gewerbeordnung vorschreibt. Der Fehler wurde korrigiert, um 23 Uhr soll es ruhig im Schanigarten sein.

Unlängst hat das Straßenamt die straßenpolizeilichen Bewilligungen für die Gastgärten auf öffentlichem Gut ausgestellt – und zwar von 15. Juni bis 15. September jeweils von 8 bis 23.30 Uhr. Die Abräumarbeiten wären danach erlaubt gewesen. Abräumarbeiten haben

jedoch innerhalb der Betriebszeiten zu erfolgen.

Zeiler denkt auch an verkürzte Sperrstunden und hält sich an Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, demnach die Gemeinde die Betriebszeiten zu verkürzen habe, wenn eine unzumut-



KPÖ-Gemeinderätin Lisbeth Zeiler setzt sich für lärmgeplagte Anrainer ein.

bare und damit gesundheitsgefährdende Lärmbelastigung aufträte. „Die dafür notwendigen Gutachten liegen seit Jahren vor“, so Zeiler.

Der auf die Fehler angesprochene zuständige Stadtrat Gerhard Rüschi hat versprochen, dass alles korrekt abgewickelt werde. Damit sollte die Anrainer von Gastgärten ab 23 Uhr eine ruhige Nacht erwarten.

Zentralverband der Pensionisten Graz

lädt zum **gemütlichen Donnerstagtreffen** ein!

Wir treffen uns zum Gedankenaustausch, Kartenspiel und anderen Vergnügungen.

Jeden Donnerstag ab 14.00 Uhr im Karl-Drews-Klub hinter dem Volkshaus in der Lagergasse 98a, 8020 Graz.

Gefährliche Entwicklung: EU-Angriff auf Sozialstandards

Das Verhältnis der ÖsterreicherInnen zur EU ist gestört. Kein Wunder: Das „Gelobte Land“ hat sich als ein Gebilde herausgestellt, in dem Sozialabbau und Arbeitslosigkeit vorherrschen. Das jüngste Beispiel für eine gefährliche Entwicklung trägt einen harmlosen Namen: „Dienstleistungsrichtlinie“. Martin Bartenstein, der Minister aus der Steiermark, treibt dieses Projekt voran.

Am 14. Februar 2006 berät das EU-Parlament in Straßburg über den Entwurf einer Richtlinie, welcher die Dienstleistungen EU-weit dem Markt unterwerfen soll. Vor dem Parlament demonstrieren Gewerkschaften, Parteien und Interessensverbände gegen dieses Vorhaben.

Die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie zielt auf die Liberalisierung nahezu aller Dienstleistungen ab. Damit geht der Generalangriff auf Sozialstandards, Tariflöh-

ne, Arbeitsschutz, ökologische und Verbraucherstandards und die Daseinsvorsorge in die entscheidende Phase.

Bis 2010 will die EU-Kommission alle noch bestehenden „Hindernisse“ für grenzüberschreitende Dienstleistungen beseitigen. Mit „Hindernissen“ meint die EU vor allem Genehmigungsverfahren, die Kontrolle von Ökostandards, Kollektivverträgen oder Arbeitsschutznormen. Abschaffen will die EU die „Hindernisse“ mit dem Herkunftslandprinzip: Grenzüberschreitend tätige Dienstleister unterliegen nur den Gesetzen des Landes, in dem sie niedergelassen sind.

Sozialdumping

Große Firmen werden ihren Firmensitz in das Land mit den niedrigsten Arbeitsschutz- und Sicherheitsnormen verlegen und dann EU-weit mit Billigangeboten die Konkurrenz ausschalten. Kollektivverträge, Kündigungsschutz oder Sozialabgaben – das alles wäre dann nicht mehr zu kontrollieren.

Wenn die Altersversorgung, Kindergärten oder öffentlicher Nahverkehr nur noch von profitorientierten Konzernen abhängen, ist nicht gesichert, dass soziale Dienstleistungen flächendeckend angeboten würden. Oder sie würden zu Preisen angeboten, die für die meisten unbezahlbar sind. Außerdem sinkt die Qualität der Dienstleistungen. Die

soziale Polarisierung zwischen denen, die sich Schule, Krankenhäuser, Wasserversorgung noch leisten können, und denen, die sie sich nicht mehr leisten können, nähme zu.

Protest geht weiter

Jetzt muss gehandelt werden: Jeder Widerstand ist wichtig – von Gewerkschaften, Parteien und sozialen Bewegungen, Handwerkern, Verbraucherinnen und Verbrauchern, Gemeinden.

Der Grazer Gemeinderat und der steiermärkische Landtag haben sich gegen diese Richtlinie ausgesprochen. Im April gibt es eine gute Gelegenheit, um zu zeigen, dass man mit diesem Kurs nicht einverstanden ist: Am 21. und 22. April treffen sich – auf Einladung von Minister Bartenstein – die Wirtschaftsminister der EU in Graz zu einem informellen Gipfel mit dem Thema „Wettbewerb“.

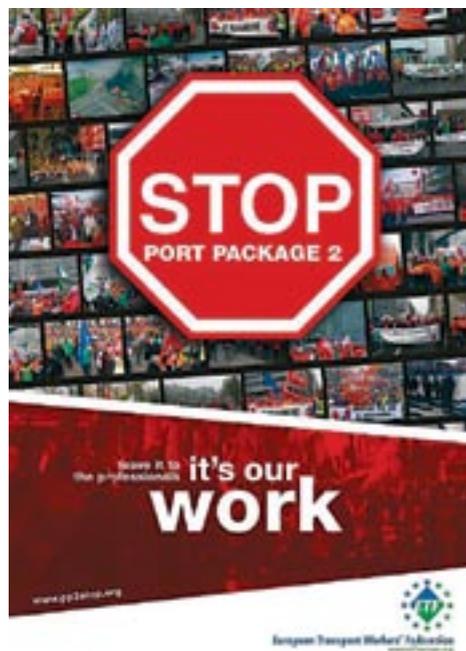
Franz Stephan Parteder



EU-KRITIK HAT SOZIALE GRÜNDE

Die steirische KPÖ ist keine Partei der Besserverdiener. Deshalb stehen wir konsequent an der Seite der sozial benachteiligten Menschen, die – wie alle Umfragen zeigen – besonders scharfe Kritik an der EU üben. Die EU-Gegnerschaft hat in Österreich vor allem soziale Gründe. 29 % wollen sogar aus der EU wieder austreten. Nur 26 % der Bevölkerung unseres Bundeslandes vertrauen der EU.

Das ist ein gutes Zeichen. Die EU kommt uns zu teuer. Wir brauchen in der Steiermark und in Europa Alternativen, die den arbeitenden Menschen nützen. Das ist eine Schlussfolgerung aus den Daten des EU-Barometers.



Roter Freitag

Eine Veranstaltungsreihe der KPÖ Graz

Alle Veranstaltungen:



Volkshaus – Karl-Drews-Club, Schützgasse 16/ Lagerg. 98a, 8020 Graz
www.kpoe-graz.at

Freitag, den 17. Februar 2006, 16:30 Uhr

„Aufgaben einer revolutionären Jugendbewegung“: Die aktuelle Situation und geplanten Kampagnen der KJÖ
Vorsitzender der KJÖ Steiermark Jakob Matscheko

Freitag, den 24. Februar 2006, 16:30 Uhr

Die Karlau: Ein virtueller Rundgang durch die Justizanstalt. Mit Mitarbeitern der Justizwache Christian Sikora und Siegfried Ploss

Freitag, den 3. März 2006, 16:30 Uhr

„Der 20. Parteitag der KPdSU“ Vor 50 Jahren, im Februar 1956, fand in Moskau der 20. Parteitag der KPdSU statt. Die Geheimrede Nikita Chruschtschows machte diesen Kongress zum historischen Ereignis.
Vortragender: Franz Stefan Parteder

Freitag, den 17. März 2006, 16.30 Uhr

„Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation“ – zum 24. Kapital des „Kapital“ von Karl Marx.
Vortrag und Diskussion mit Mag. Leo Kühberger

Freitag, 31. März 2006 16:30 Uhr

„Olga Benario – Ein Leben für die Revolution“
Deutschland 2004 - 92 min.
Ein Dokumentarfilm von Galip Iyitanir



KLEINANZEIGEN

Gesucht wird:

Seriöse Mieterin sucht gepflegte **Altbauwohnung** in guter Lage in Graz, mindestens 3 Zimmer, zirka 100 m², ab April 2006. Tel. 0650/67 67 888

Abzugeben:

Verschenke **Wohnungseinrichtung** (Schlafzimmer, Wohnzimmer + Schreibtisch) an Selbstabholer in Graz. Tel 37 31 40.

Gesucht: Arbeit

Sekretärin, mit mehrjähriger Erfahrung im Bereich Logistik, gute MS-Office Kenntnisse, vielseitig, sucht neue Herausforderung im administrativen Bereich in Graz und Umgebung. Tel. 0699/8174-7425.

Entrümpelung und Entsorgungen werden zu günstigen Bedingungen seriös erledigt. Anzurufen unter 0676/42 288 19, Herr Kütük.

David Livinus, Handelskaufmann, (spricht englisch und deutsch) sucht dringend **Arbeit** in Graz. Tel: 0664/ 78 531 09.

Herr Saga, 45 Jahre, alt sucht dringend jede **Arbeit**, wenn möglich mit Wohnung. Tel: 69 47 54.



Red:Out! Steiermark:
Treffpunkt jeden 1. Montag im Monat im Cafe Harry's, Reitschulgasse 20, 8010 Graz; Info Tel: 0699/100 435 28

Impressum: Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz.
Tel. 71 24 79,
Fax 71 62 91
email: stadtblatt@kpoe-graz.at
DVR: 0600008



KINDERLAND Winterwoche in St. Radegund

19. bis 24. Februar 2006
in der Kinderlandvilla St. Radegund

Expedition in den Winter für Kinder von 6 bis 15 Jahren Vollpension, Betreuung durch ein qualifiziertes Team, Hin- und Rückreise, (Graz - St. Radegund - Graz)
Gondelfahrt auf den Schöckel

Preis: 135 Euro

Information und Anmeldung:

0316 / 82 90 70

www.kinderland-steiermark.at



Osmo Bodenverlegung

Fachbetrieb 8020 Graz, Bozenerstraße 19

Telefon und Fax: 236 804

Mobil: 0664/ 12 069 76

Beratung-Verkauf-Verlegung-Sanierung

Parkettböden

Bodenbelege • Teppichböden

Laminatböden • Stufen

Parketten schleifen und versiegeln

Seit 2. Jänner 2006

AGAPE NÄCHSTENLIEBE

Gemeinnütziger Verein zugunsten kranker, behinderter und sozial bedürftiger Kinder

8010 Graz, Sackstraße 24,

Tel.: 0664/84 043 81 Tel. 0664/84 043 82

Wir sammeln laufend gut erhaltene Waren:

Bekleidung (Erwachsene / Kinder) • Spielwaren

• Bett- und Tischwäsche • Heilbehelfe • Bücher /

Cds / DVDs • Bilder / Schmuck

Bei Bedarf holen wir die Waren ab. Die Spendenvergabe wird öffentlich bekannt gegeben. Vielen Dank für Ihre Unterstützung

Für neue Gemeindewohnungen in den alten Kasernen der Stadt.

Graz braucht mehr Gemeindewohnungen. Packen wir's an!

ELKE KAHR KPO



Viva la Solidaridad Solidarität mit kubanischen Gefangenen!

Es ist eine unglaubliche Geschichte von fünf Kubanern, die in den USA im Gefängnis sind, weil sie gegen den Terrorismus gekämpft haben. Sie führen in die USA, um sich Informationen über die Pläne von terroristischen Organisationen zu

verschaffen. Sie wollten damit helfen, ihr Heimatland vor weiteren Sabotageakten und Terroranschlägen zu schützen. In den USA wurden sie nun zu langjährigen bzw. lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Weitere Informationen unter www.miami5.de.

VERANSTALTUNGEN

Die mündige Patientin – selbstbewusst Rechte durchsetzen

Dienstag, 14. Februar 2006, 19.00 Uhr
Referentin: Mag.^a Sylvia Groth MAS
Frauengesundheitszentrum, Joanneumring 3, 8010 Graz, Tel.: 0316 / 83 79 98
Unkostenbeitrag: 8 Euro
Eine Kooperation zwischen Frauengesundheitszentrum und der Katholischen Frauenbewegung.

Selbstverteidigungskurs für Kinder, Frauen und ältere Menschen

Eine realistische Selbstverteidigung die völlig ohne Akrobatik auskommt.
Jeden Mittwoch um 17 Uhr in der Volksschule Leopoldinum Alte Poststraße (gegenüber vom Billa)
Kontakt: Herrn Fruth unter Tel: 0699/ 11 05 887 oder auf der Homepage www.kravmaga.cypton.com.

Benefizkonzert

zugunsten des Schulprojekts „OK - Ort für Kinder“

mit **MONIKA MARTIN**

Vorgruppe: ALEXX

Am: **18.05.2006**

Ort: Raiffeisenhof Kartenverkauf in allen RAIKA-Filialen und Abendkasse

Dringend gesucht!

Hilfswerk Steiermark sucht für Tagesmütter-Seminare und Meetings **Räumlichkeiten zur Miete im Großraum Graz.**

Das Objekt soll aus 2 Räumen bestehen. Ein Raum soll als Büro genutzt werden, daher Mindestgröße 6m², der zweite Raum soll als Seminarraum dienen, daher Mindestgröße 20m². Bestenfalls befindet sich das Mietobjekt in Puntigam, Liebenau, Seiersberg oder Straßgang, verfügt über Parkmöglichkeiten und ist an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden.

Wem ein solches Objekt bekannt ist, melde sich bitte bei:

Eva Pfeifer, Hilfswerk Steiermark
Tel.0316/ 81 31 81 -25 oder Tel.: 0676/ 82 41 12 50 oder E-Mail: pfeifer@steiermark-hilfswerk.at

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 71 62 91 e-post: stadtblatt@kpoe-graz.at

Warzenschwein

Am Sonntag, den 30. Oktober 2005, wurde in der Kleinen Zeitung unter dem Titel „Nachspiel nach Abbruch“ über das abgerissene und neu zu bauende Kommod-Haus berichtet. Dazu war auch ein Bild des angeblich prämierten Wettbewerbs-Projektes von Zaha Hadid abgedruckt. Auf der einen Seite hat mich gewundert, dass noch immer gerichtliche Nachspiele zum Abbruch im Gespräch sind, auf der anderen Seite wundert mich, dass so schnell schon ein Wettbewerb stattgefunden haben soll. Ich habe diesbezüglich einen Leserbrief an die Kleine Zeitung geschrieben und keine Antwort erhalten, wie dies in heiklen Fragen offenbar üblich ist.

Zu dem auf dem Bild in der Kleinen Zeitung damals abgebildeten, geplanten Haus habe ich der Kleinen Zeitung folgendes geschrieben und möchte das hier nochmals klarstellen: Es mag wohl dieses merkwürdige Haus, das

möglicherweise an Hogwart erinnern soll, durchaus interessant aussehen.

Dazu hatte ich nicht bedacht, dass die Anspielung auf Hogwart in den Harry Potter Geschichten möglicherweise nicht verständlich ist. Der Name „Hogwart“ wurde von Warthog = Warzenschwein hergeleitet. Das abgebildete Haus erinnert an ein Warzenschwein, mag vielleicht irgendwo außerhalb eines Altstadtzentrums durchaus interessant aussehen. Dass aber eine kompetente Jury ernstlich diesen Klotz anstelle des abgebrochenen Altstadt-Hauses in das bestehende Gebäude-Areal empfehlen möchte, scheint mir einigermaßen absurd. Es wundert mich sehr, dass offenbar schon Verhandlungen abgeschlossen und Verträge in fortgeschrittenem Stadium existieren, und dass die Altstadtkommission und andere Fachleute schweigend zusehen.

Emer. Univ.-Prof.
Dr. Thomas Kenner,
8010 Graz

GASTKOMMENTAR

Arbeitslosenzahlen „leicht“ erhöht!

Die Arbeitslosigkeit in Österreich erreicht ständig neue Rekordwerte. Inklusive der in Schulungen befindlichen Menschen waren im Dezember 350.886 ÖsterreicherInnen als arbeitssuchend registriert. Das Arbeitsmarktservice teilte mit, dass sich die Arbeitslosenquote im Jahresvergleich von 8,6 auf 8,7 Prozent „leicht“ erhöhte. Nicht eingerechnet Personen, denen der Bezug vorübergehend gestrichen wurde oder die sich in Kursmaßnahmen befinden.

Der alarmierende Zuwachs bei arbeitssuchenden Frauen und Jugendlichen findet zu wenig Beachtung. Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik kehren zum Tagesgeschäft zurück und verlassen sich auf die bereits bewährte Statistik-Schönungsmaschinerie – die oftmals zitierten Kurse des Arbeitsmarktservice und der immer öfter daraus resultierenden Einstellung der Leistung.

Mehr „Fortbildungskurse“ würden zu besseren Qualifikationen und das wiederum zu besseren Jobchancen füh-

ren. Diese Aussage stimmt nachdenklich. Wenn man die tatsächlichen Strukturen der meisten dieser „Kurse“ (in AMS-Amtssprache: Maßnahmen) durchleuchtet, stehen auch unbeteiligten Menschen die Haare zu Berge.

Zumeist bezeichnen sich die unterschiedlichen Kursbetreiber als Erwachsenenbildungs-Anstalt/Institut. Diese klingenden Bezeichnungen gaukeln eine heile Welt gegenüber ihren Auftraggebern (vorrangig das AMS) und den Betroffenen vor. Die vom Gros der Kursveranstalter (nachlesbaren) Leistungsprofile entsprechen bestenfalls den niedrigsten Ansprüchen einer Erwachsenenbildungseinrichtung. Statt sich hinter Statistiken zu verstecken, sollte man sich über den realen Erfolg der Kursmaßnahmen informieren!

Wir sind auch an Ihren diesbezüglichen oder ähnlichen Erlebnissen mit dem AMS interessiert.

Sie erreichen uns unter: office_X@chello.at oder d.strehli@aon.at

**Einladung zur Veranstaltung der KPÖ
zum Internationalen Frauentag**

Samstag, 4.3.2006 um 19 Uhr

Karl-Drews-Klub beim Volkshaus, Lagergasse 98a

SeStre

Jelena Pokos-Prepelic, geb. 1981 in Kroatien; ausgebildete Organistin und Pädagogin für Piano und Musiktheorie und **Eve Dohr**, geb. 1965 in Österreich; Sängerin, Komponistin und Schreiberin, Autodidaktin
Das Programm speziell für den KPÖ-Frauenabend zum 8. März 2006 heißt

„Schwestern“

weibliche Lieder und Texte um das „Mysterium der Schwesternschaft“ im weitesten Sinn.



PUCH – Fahrzeugproduktion mit Tradition

Von Gerhard M. Dienes

Puch ist ein klingender Name in Graz. Welcher Grazer (im nicht ganz jungen Alter) hat nicht zumindest ein Puch-Fahrrad besessen, wer erinnert sich nicht an das inzwischen legendäre Puch-Schammerl, den Puch G – einst der beste Geländewagen der Welt –, wer hat sich seinerzeit nicht zumindest ein bisschen darüber geärgert, dass die Fahrradproduktion samt dem Namen Puch nach Italien verkauft wurde. Das Traditionsunternehmen Puch hat eine lange Geschichte.

Am Anfang stand Johann Puch (1862-1914), ein Schlosser aus Pettau/Ptuj, der in Graz mit der fabrikmäßigen Erzeugung von Fahrrädern begann. „Wenige Artikel, die der Mensch je benutzte, haben eine derartige Revolution in den gesellschaftlichen Bedingungen geschaffen, wie das Fahrrad“, vermeldete im Jahre 1900 das „US Bureau of the Census“.

Das Fahrrad entwickelte sich vom exklusiven Spiel- und Sportgerät zum alltäglichen, schnell unentbehrlich gewordenen Verkehrsmittel und erwies sich als dynamischer Faktor des gesamten Wirtschaftslebens.

1908 bereits hatte Puch das 100.000ste Fahrrad ausgeliefert. Die Firma florierte und der unternehmerische Geist wandte sich dem Bau

von Motorfahrzeugen zu. Bis 1914 waren 21 Autotypen und elf Motorradmodelle erzeugt worden.

Johann Puch setzte von Anfang an auf eine breit angelegte Werbung zur Verkaufsförderung seiner Produkte und stieg groß in das Renngeschäft ein. Schon 1893 errang eines seiner „Styria-Räder“ auf der Strecke Wien-Berlin den dritten Platz. Auch den Verkauf seiner Motorräder kurbelte Puch mit spektakulären Rennerfolgen an.

Die Zwischenkriegszeit brachte Fusionierungen: 1928 entstand die Austro-Daimler-Puch AG, 1934 die Steyr-Daimler-Puch AG. 1938 wurden 86% der in Österreich fahrenden Motorräder bei Puch erzeugt.

Der 2. Weltkrieg – bei Puch wurden „wehrwirtschaftliche“ Produkte erzeugt – war für die Firma durch große Zerstörungen und eine begonnene Neuanlage des Werksgeländes in Liebenau (Thondorf) gekennzeichnet. Dorthin verlagerte sich nach 1945 die Produktion. Kleinere Teile der Firma blieben jedoch im Süden des Bezirks Gries.

In den Fir-

mendaten von Puch spiegelt sich die Motorisierungswelle der Nachkriegszeit. Bereits 1952 verließ im Puch-Werk alle vier Minuten ein fahrbereites Motorrad oder Moped das Fließband. Puch und Moped wurden zu Synonymen, und ein Witz stellte die Frage: „Warum fahren die Kärntner mit dem Moped in die Bibliothek?“. Die Antwort: „Weil auf dem Moped ‚Puch‘ steht.“

1957 begann erneut die Produktion von Automobilen. Der Puch 500 war ein echter Renner. Doch ein echter



Puch war er nicht. Obwohl eigene Prototypen vorhanden waren, arbeitete man mit Fiat zusammen – eine eigene Karosseriefertigung hätte die Finanzgrenzen gesprengt. „Die Modelle Steyr 500, 650 und 700 beherrschten fortan das Straßenbild Österreichs, sie waren vielfach der erste motorisierte Untersatz junger Familien und wegen ihrer Leichtigkeit auch im Motorsport überaus erfolgreich. Der Puch war für Österreich das, was für Deutschland der Käfer war.“ (Hans-Roland Zitka, Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Weitgehende Grazer Entwicklungen waren die legendären Geländekraxler „Puch-Haflinger“ und „Puch-Pinzgauer“. Großen Wert legte man bei Puch auf Kontinuität und Zuverlässigkeit der Belegschaft. Die Lehrwerkstätte sicherte die Arbeitskraftressourcen und erwies sich im Zuge des Facharbeitermangels nach 1945 als absolute Notwendigkeit. Besondere Sozialleistungen und lang gediente Mitarbeiter, die



„Puchianer“, zeichneten das Unternehmen aus.

1974 wurde das letzte Puch-Motorrad gebaut, ein Fabrikat, das durch Jahre den österreichischen Markt dominierte. Bis zu 400.000 Fahrräder verließen in den 1970er Jahren das Werk, dann sank die Stückzahl auf unter 10.000. Als 1987 das letzte Puch-Fahrrad in Graz montiert wurde, war dies für die protestierende Belegschaft, aber auch für die steirische Landeshauptstadt ein Schock. Die Fiat-Tochter Piaggio hatte die Fahrradmarke erworben.

„Wahrscheinlich lag das Ende auch im Zeitgeist begründet, der Auto mit ‚intelligentem Produkt‘ und Zweirad mit ‚etwas für ein Entwicklungsland‘ gleichsetzte. Als gesichert kann angenommen werden, dass die damals maßgeblichen Herren der Konzernführung (und darüber hinaus) nicht an die Zukunft des Zweirades glaubten. Dies zu einer Zeit, als sich eine Trendwende schon abzeichnete und in der die ersten Mountain-Bikes anderswo schon in Serie gingen.“ (Wolfgang Wehapp).

Seit damals dominiert in St. Thondorf der Vierrad- bzw. Allrad-Bereich. Die Steyr-Daimler-Puch AG ging 1998 in die Magna Steyr Graz über; als Partner von Automobil-Unternehmen, die zum Teil schon früher den Weg nach Graz fanden wie Mercedes-Benz, VW, Fiat, BMW und Chrysler.

Der Name Puch ist seither nur noch Erinnerung – an eine große Zeit.



Puch: Führend in der Entwicklung des Allrad-Antriebs.



Fließband im Puchwerk.
Foto: <http://home.concepts.nl/~vroegop/matspuch/>